

Kornwestheim

## Kinderbetreuung soll sich massiv verteuern

*Von Susanne Mathes, aktualisiert am 11.10.2016 um 19:36*

Der Ausschuss für S Foto:

Kornwestheim - Zeigen wir Präsenz!“, fordert der Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten, Kindergärten und Horte (GEB). Er ruft Familien für den heutigen Mittwoch um 17.30 Uhr zu einer Protestkundgebung vor dem Rathaus auf. Anlass ist die ebenfalls für heute terminierte Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration, in der eine Erhöhung der Kindergartengebühren ab 2017 beschlossen werden soll.

Vor allem für Familien mit unter Dreijährigen, die eine Ganztagsbetreuung gewählt haben, würde das eine massive finanzielle Mehrbelastung bedeuten. In ihrer Berechnung für eine Betreuung bis 7,5 Stunden kommt die Verwaltung auf eine Gebührenerhöhung von 243 Euro auf 391 Euro pro Monat, wenn man ein Kind fünf Wochentage in der Einrichtung hat. Familien mit zwei Kindern würden 304 statt 166 Euro berappen, Familien mit drei Kindern 222 statt 105 Euro. Für Drei- bis Sechsjährige im Fünf-Tage-Betreuungsmodell wären 246 statt jetzt 209 Euro (ein Kind), 210 statt 147 Euro (zwei Kinder) und 174 statt 73 Euro (drei Kinder) in der Familie fällig.

Wer eine U-3-Ganztagsbetreuung von 10,5 Stunden an fünf Tagen braucht, müsste sich auf eine Gebührensteigerung von 340 auf 466 Euro pro Monat einstellen, bei zwei Kindern in der Familie von 232 auf 379 Euro und bei drei Kindern von 147 auf 297 Euro. Auch für ältere Kinder sind die geplanten Steigerungen beträchtlich. Und auch in diesem Fall wären die Familien, die drei Sprösslinge haben, mit dem proportional stärksten Aufschlag belastet: Sie

hätten künftig 274 statt seither 113 Euro pro Monat zu berappen, Familien mit zwei Kindern 310 statt 211 Euro und Familien mit einem Kind 346 statt 304 Euro.

Familien, die statt fünf nur drei oder zwei Betreuungstage in Anspruch nehmen, zahlen anteilig weniger, müssen sich aber dennoch ebenfalls auf gesalzene Mehrkosten einstellen. Das Essensgeld von bis zu 66 Euro kommt jeweils noch obendrauf.

Wer seine Kinder im Rahmen der Regelöffnungszeiten (RG), der verlängerten Öffnungszeiten (VÖ) oder der Kleinkindbetreuung im Halbtage untergebracht hat, wäre von dem Beschluss ebenso betroffen. Wobei die Gebührenerhöhung vor allem bei den unter Dreijährigen kräftig zu Buche schlägt. Beim VÖ-Modell mit bis zu sechs Stunden Betreuungszeit würde Eltern eines Einzelkindes 341 statt der seitherigen 209 Euro pro Monat abverlangt, Eltern mit zwei Kindern 254 statt 158 und Eltern mit drei Kindern 172 statt 106 Euro. Nicht zuletzt soll auch der Schülerhort teurer werden - und je größer die Zahl der Kinder in der Familie ist, umso stärker fällt der proportionale Anstieg der Kosten aus. Müsste eine Familie mit einem Kind statt 304 künftig 346 Euro für fünf Tage Betreuung zahlen, wären es bei einer Familie mit drei Kindern statt 113 Euro fortan 247 Euro. Nutzte besagte Familie nur drei Betreuungstage, stiege die Gebühr sogar von 80 auf 214 Euro. Weitere Berechnungsbeispiele listet der Fachbereich Kinder, Jugend, Bildung in der Sitzungsvorlage auf, die auf der Homepage der Stadt unter „Gemeinderat“ und „Sitzungsvorlagen“ abrufbar ist.

Als „unverhältnismäßig hoch“ verurteilt der GEB die geplante Gebührenerhöhung. In einem Schreiben an die Fraktionen legen die Elternvertreter dar, dass Kornwestheim mit dem Vorhaben in Sachen Gebühren für Kindertageseinrichtungen „schlagartig die teuerste Kommune im Umkreis“ werden würde. Detailliert listen die Elternbeiräte auf, welche Kommune für welches Betreuungsmodell wie viel Geld verlangt - der GEB holt sich dazu jedes Jahr die aktuellen Stände der Nachbarstädte ein.

Die Stadt plant die Erhöhung, bei der sie sich auf den Landesrichtsatz für 2016/2017 bezieht, indes nicht aus Jux und Tollerei: Sie beruft sich auf gestiegene Personalkosten durch Tarifabschlüsse und die vorgeschriebene Verbesserung des Mindestpersonalschlüssels in der Ganztagsbetreuung, die ebenfalls teuer sei. Zudem erreiche die Stadt mit ihren Kitagebühren nicht ansatzweise den angepeilten Kostendeckungsgrad von 20 Prozent. 2016 würden die Elternbeiträge voraussichtlich sogar nur rund zehn Prozent der Gesamtkosten decken.

Der GEB befürchtet - sollte die Erhöhung wie geplant kommen - eine „soziale Entmischung“: Wohlhabende könnten es sich leisten, weniger Begüterte bekämen einen Mittelausgleich vom Amt, „und die Mittelschicht muss sich überlegen, ob künftig ein Elternteil zuhause bleibt“. Eine Erhöhung der Gebühren sei zwar angesichts der genannten Fakten ein Stück weit nachvollziehbar, „allerdings nicht in dem vorgeschlagenen Umfang“. Die Protestaktion, zu der der GEB heute aufruft, soll den Stadträten bewusst machen, „welche Tragweite die angedachten Erhöhungen für viele Eltern haben“.

„Wer Beitragssteigerungen von bis zu 142 Prozent verkraften muss“, sagt GEB-Sprecherin Cornelia Sattler, „braucht nicht mehr arbeiten zu gehen. Höchstens, weil er's schön findet, aber nicht, um zum Familienunterhalt beizutragen.“